

Man sich wohl bewußt, daß sich nur auf dieser Ebene der Welt einer aufrichtigen Zusammenarbeit entfalten kann. Die chauvinistischen Bestrebungen Benešs hatten ein Gebilde entstehen lassen, das sich auf der Fiktion aufbaute, ein Nationalstaat zu sein; aber nirgendwo hat es für diesen Staat nützlichere Maßnahmen gegeben, als in diesem Staat nützlichere Maßnahmen gegeben. Der Raum der neuen Tschecho-Slowakei ist jetzt zwar kleiner, dafür aber um so wichtiger als bedingter geworden. Das Erbe, das sie aus dem Nachlaß der österreichisch-ungarischen Monarchie angetreten hatte, war nicht nur in volkspolitischer, sondern auch gerade in wirtschaftlicher Hinsicht ein großes Risiko. Dieses Erbe ist jetzt wieder abgehoben und damit der Weg in eine weniger belastete Zukunft freigelegt worden. — Das alles sind Dinge, die im Augenblick der Wahl des neuen tschecho-slowakischen Staatspräsidenten und damit der endgültigen Konsolidierung der innerstaatlichen Verhältnisse besonders stark hervorzuheben.

Die Staatsform ist die alte geblieben. Ihr Inhalt aber hat sich wesentlich verändert. Dieser Wandel, der in seiner äußeren Erscheinungsform so gering erscheinen will, hat nicht nur die Kräfte der Tschecho-Slowakei in neue, naturgegebener Bahnen gelenkt, sondern Kreise geschlagen, die sich weit über die Besitze Mitteleuropas ausbreiten und dem Raum, in ebenso hartem Maße wie in politischem, ein neues wirtschaftliches Gesicht gegeben haben. Die Kräfte, die eine politische und wirtschaftliche Mobilisierung des Donau-Raums gegen Deutschland betrieben, sind ausgeschaltet. Das Beneš als Folge einer unrichtigen Bündnispolitik hingestellt hatte, der Allianzvertrag der Tschecho-Slowakei mit Frankreich und der spätere Anschluß an das französisch-sowjetische Bündnis, war nur ein Demuschung für die Entwicklung der Tschecho-Slowakei. Mit diesen Bündnissen war nicht nur die Tschecho-Slowakei, sondern fast der gesamte Donau-Raum dem Einfluß von Mächten geöffnet, die, im Falle Frankreich, keine geographischen, im Falle Sowjetrußland, keine wirtschaftlichen, sondern beide ausgesprochen machtpolitischen Interessen hatten. Die gefährlichste dieser Mächte war, in dem Beneš aus Sicherheitsgründen zu sagen vorgab: die vergangenen Ereignisse haben das deutlich genug erwiesen. Wie konnte unter dem Einfluß dieser, der Struktur des Donauraums in mehr als einer Hinsicht fremden Mächte hier eine stabile Ordnung erwachsen.

Es ist ein äußerst glückliches Vorzeichen für die Zukunft, daß der politische Strukturwandel der Tschecho-Slowakei auch

gleichzeitig einen wesentlichen wirtschaftlichen Wandel im Gefolge hatte. Nicht wirtschaftliche Erwägungen waren es, sondern rein politische Beweggründe, die Deutschland den Weg zur Deimholung des Sudetenlandes gegeben liehen. Daß diese Revision der Staatsgrenzen gleichzeitig den wirtschaftlichen Strömungen eine verstärkte Richtung geben mußte, ist in den geographischen Gegebenheiten der neuen Lage begründet. Das Sudetenland und die Ostmark sind nicht nur Hochwerte des Reiches geworden, sondern gleichzeitig ein Vorgebiet, das ein wichtiges Verbindungsglied darstellt zwischen den frei gewordenen wirtschaftlichen Kräften hien und drüben. Die Produktionsfähigkeit der sudetendeutschen Wirtschaft trankt zwar noch an den Folgen einer zwanzigjährigen Auspöderung. Aber hier werden schnell Mittel und Wege gefunden werden, um die bodenständige Industrie wieder mit neuem Leben zu erfüllen. Der Bereich des Vierjahresplans ist bereits auf das Sudetenland ausgedehnt und damit die Grundlage für eine baldige

Wirtschaftsaufbau mit der Wirtschaft des Reiches geschaffen worden. So wird auch auf wirtschaftlichem Gebiet neuer Boden bereitet, auf dem die jetzt aufeinander abgestimmten Interessen sich nicht mehr stoßen, sondern nebeneinander laufen und sich gegenseitig befruchten werden.

Viele Bestrebungen dieser Art kennzeichnen den neuen Kurs, der hier eingeschlagen worden ist. Von weiter zu vertiefen und ihm eine feste Zielrichtung zu verleihen, wird nicht zuletzt mit Aufgabe des neuen tschecho-slowakischen Staates sein. Anläufe, aus den natürlichen wirtschaftlichen und geographischen Gegebenheiten des Donau-Raums eine Ordnung zu schaffen, sind vorhanden. Ob die Kräfte weiterhin auf dieser Ebene ausgerichtet bleiben, wird in nicht geringem Maße von der Person des neuen Staatspräsidenten abhängen. Auf den neuen Inhalt wird es ankommen, den die Tschecho-Slowakei jetzt der alten Form mit der Wiederbelebung des Staatspräsidentenpostens geben wird.

Blum ruft auf eigene Faust das Parlament zusammen

Dimitroff geheim in Paris? - Daladier schafft Platz in Gefängnissen

Eigene Drahtmeldung der Dresdner Nachrichten

Paris, 29. November.

Ministerpräsident Daladier hat unzulässige Maßnahmen getroffen, die einen möglichen Versuch kommunistischer Kreise, sich auf der Straße gegen die Regierung durchzusetzen, im Keime zu ersticken. Das große Pariser Sanitäts-Gesamtsamt wurde am Dienstag völlig geräumt und seine Insassen auf Veranlassung außerhalb von Paris verteilt, damit die Regierung für etwa notwendig werdende Verhaftungen Raum zur Unterbringung der kommunistischen Elemente zur Verfügung hat.

Durch diese Maßnahmen, die Daladier mit seinen militärischen und zivilen Mitarbeitern ergriffen hat, ist den links-extremistischen Kreisen einsteigend der Mut stark geklungen. Die Sozialisten haben sich nun entschlossen, den Kampf gegen die Regierung Daladier auf die parlamentarische Ebene zu verlegen. Am Dienstagnachmittag trat die sozialistische

Kammerfraktion zu einer Beratung zusammen, in der Leon Blum in längeren Ausführungen die gegenwärtige Lage darstellte. Hierbei wandte sich Blum gegen die Erklärung des Ministerpräsidenten, daß die von der Regierung anordnete Militäraktion der kommunistischen Betriebe und der Beamten durch ein von der Volksfrontregierung Blum feigezeit gegen die französischen Rechtsgruppen beschlossenes Gesetz möglich sei. Leon Blum glaubte vielmehr feststellen zu können, mit dem Gesetz sei „Mißbrauch“ getrieben worden.

Schließlich entschlossen sich die Sozialisten, für kommenden Freitag eine Art von Stumpfparlament aus eigener Machtvollkommenheit einzuberufen. In den politischen Kreisen von Paris herrscht nun eine große Spannung, wie die Regierung auf diese ungesetzliche Maßnahme reagieren wird.

In Boulogne in der Nähe von Neuchâtel besetzten die Kommunisten während mehrerer Stunden die Bürgermeisterei, und in Paris drangen 400 links-extreme Elemente ohne Grund in einen öffentlichen Saal ein. Da zahlreiche Arbeitslose auf dem Wege zur Arbeitshütte von Streikenden verprügelt und verletzt wurden, liehen die Behörden mehrere Werke militärisch besetzen. So beschlagnahmte die 1. Infanterie-Regiments von Cambrai die elektrische Zentrale von Valenciennes. Soldaten des 4. Infanterie-Regiments von Valenciennes wurden in den Schmelz- und Stahlwerken von Trich-Saint-Veger eingesetzt, um die Arbeitsfreiheit sicherzustellen. In der Elektrischen Zentrale von Thiers überfielen etwa 30 Streikende einen Arbeiter, verprügelten ihn und wollten ihn dann in einen Kanal werfen. Der Unglückliche wurde schließlich von den Angreifern über die Einfriedung einer Eisenbahnlinie geworfen und dort einfach liegen gelassen.

Der Wiener Korrespondent der „Daily Mail“ berichtet, daß nach Mitteilung des Hauptquartiers der Komintern Dimitroff sich insgeheim nach Paris begeben habe, um aktiv an der Leitung des Generalkongresses mitzuwirken. Eine Bestätigung dieser Nachricht von anderer Seite liegt noch nicht vor. Die Meldung ist naturgemäß schwer nachprüfbar; aber auch selbst für den Fall, daß Dimitroff nicht persönlich die Reise nach Paris angetreten haben sollte, kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß die kommunistische Internationale sich hier für den Pariser Streik interessiert und bemüht ist, ihn für ihre Zwecke auszunutzen. Darauf verweist u. a. auch sehr nachdrücklich die italienische Presse, die von neuen Versuchen Moskvas spricht, sich in Europa festzusetzen.

Belgien erkennt Franco an

Brüssel, 29. November.

Im Senat gab Ministerpräsident Spaak am Dienstag bekannt, daß die Regierung endgültig beschlossen habe, an der Franco-Regierung diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Die entsprechenden Verhandlungen würden mit Burgos am Mittwoch beginnen. Ferner teilte Spaak mit, daß sich Belgien aus dem internationalen Nicht-Einmischungsabstand zurückziehen wolle, um seine volle Handlungsfreiheit in der Spaniensache zurückzugewinnen, wobei es allerdings die in London gefassten Beschlüsse weiterhin befolgen werde.

An Hand von schriftlichen Angaben wies er zur Bestätigung des eingangs erwähnten Beschlusses nach, wie das Belben einer belgischen Vertretung in Burgos dem General Franco ein Schreiben geschickt habe. Barcelona habe nicht im entferntesten daran gedacht, die politische Sympathie der belgischen Wähler mit größeren Aufträgen zu belohnen.

Spaaks Ausführungen wurden häufig von den kommunistischen Senatoren unterbrochen. Die Störungsvorwürfe unternehmen. Am Schluß der Rede spendeten alle Rechtsparteien einschließlich der sämtlichen Nationalisten und Rechten sowie die Liberalen und ein Teil der Sozialdemokraten dem Ministerpräsidenten Beifall.

Erzbischof von Wien durch den Papst abgesetzt?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 29. November.

Der „Angriff“ berichtet am Dienstag, daß nach den Meldungen der holländischen Zeitung „Telegraaf“ und einer französischen Nachrichtenagentur der Papst den Erzbischof von Wien, Kardinal Junger, wegen „Begrüßung des Nationalsozialismus“ und mangelhafter Verteidigung der Rechte der Kirche von seinem Posten abgesetzt und ihm verboten habe, sich zum dauernden Aufenthalt in der Vatikanstadt einzulassen.

Der Kardinal habe bereits gestern Abend Wien verlassen, ohne sich von seiner Diözese zu verabschieden. Weiterhin habe der Papst auf den Erzbischofsstuhl von Wien den Bischof von Berlin Graf Konrad von Preysing berufen, dessen verhandlungsmäßige Beziehungen zum österreichischen Hof bekannt seien. Alles das sei geschehen ohne Einvernehmen mit der Reichsregierung.

Der „Angriff“ bemerkt dazu, daß eine Bestätigung der Meldung des „Telegraaf“ allerdings noch nicht vorliegt. Die Ernennung Preysings sei, wenn die Meldung des „Telegraaf“ sich bestätige, vor allem deshalb interessant, weil sie der Vatikan ohne Einvernehmen mit der Reichsregierung vollzogen habe. Das würde, so sagt der „Angriff“, eine außerordentlich schwere Bräutereiung des Reiches und erneute Durchsicherung des Konfords von Seiten des Vatikan darstellen. Allerdings ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß der Vatikan nicht von sich aus einseitig einen Erzbischof von Wien ernennen kann, solange er wünscht, daß von Seiten des Reiches Gelder für die Wiener Diözese zur Verfügung gestellt werden. Wahrscheinlich hat der Vatikan die Ernennung ohne Einvernehmen mit der Reichsregierung vollzogen.

Roffer, Ledertwaren beim Fachmann

W. Gampe & Co. Enterlein

Nur Das Hauptgeschäft mit eigener Werkstatt
Wallengasse 22, since 1887 Klingstraße 94

Bjalmar Schacht: „Finanzwunder“ und „Neuer Plan“

(Fortsetzung von Seite 1)

Die im Auslande kolportierten Fiktionen über die deutsche Gesamtwirtschaft übertrieben, wie Dr. Schacht betont, erfreulicherweise ganz beträchtlich die wirklichen Schulden; auch die Kritik an der Höhe unseres Geldumlaufes sollte sich etwas bescheiden gebärden. Mit Hilfe seiner manometrischen Kreditpolitik habe sich Deutschland eine starke Rüstung geschaffen, und diese wiederum habe die Erfolge unserer Politik ermöglicht. Trotzdem gebe es kein deutsches Finanzwunder; es gebe nur das Wunder der Wiedererweckung deutschen Nationalbewusstseins und deutscher Disziplin, und dieses Wunder danke wir unserem Führer Adolf Hitler.

Am handelspolitischen Fragenkomplex übergehend, wies Dr. Schacht das herumtriffleren an den sogenannten Autarkiebestrebungen Deutschlands als lächerlich zurück. Die Förderung der eigenen Rohstoffgewinnung habe verhältnismäßig wenig mit einer Abkehrung des Außenhandels zu tun. Der „Neue Plan“ baute auf der Überlegenheit auf, nie mehr zu kaufen, als man bezahlen kann, und dort zu kaufen, wo die eigenen Waren abgenommen werden. Alles in allem lag diesem einfachen primitiven Wirtschaftsgedanken die Hauptfrage anzuhande, ob die übrige Welt wüßte und in der Lage sei, auf einen Auftrag von damals fast 70, heute 80 Millionen Menschen zu verzichten, oder ob man sich diesen Markt zu erhalten wünschte. Es habe sich erwiesen, daß nicht der Produzent, son-

dern der Konsument der beherrschende Faktor im Wirtschaftsleben ist. Der „Neue Plan“ sei aus den Notverhältnissen entsprungen, in die Deutschland durch das Ausland hineingezogen wurde.

Sein Erfolg lasse sich an Hand weniger Zahlen nachweisen. In Mengen gerechnet, wurde zwischen 1934 und 1937 die Einfuhr von Fertigwaren um 69 v. H. gedrosselt. Dafür konnte erhöht werden die Einfuhr von Erzen um 132 v. H., von Erdöl um 116 v. H., von Getreide um 102 v. H. und von Kautschuk um 71 v. H. Vermögen ist der Passivsaldo der Handelsbilanz, der 1934 284 Millionen Reichsmark betrug, 1938 einem Aktivsaldo von 550 Millionen Reichsmark, 1937 von 443 Millionen RM gewachsen. Die sogenannten neuen Warenaufkäufe schließlich sind innerhalb von zwei Jahren auf ungefähr die Hälfte zurückgeschraubt worden. Der „Neue Plan“ erfordere zwar Opfer, aber er verbürge auch den Erfolg und habe gezeigt, daß wir nicht beabsichtigen, unter Wirtschaftslieben von außen dirigieren zu lassen, sondern es selber zu gestalten wünschen und dazu in der Lage sind.

Zum Schluß gab Dr. Schacht dem Wunsch Ausdruck, daß seine Ausführungen die Erkenntnis durchsetzen helfen mögen, daß die Völker den Wohlstand ihrer Volksgenossen durch eine friedliche Politik gegenseitiger Interessensrückicht und des Verständigungswillens besser dienen als durch den Versuch der Unterdrückung und Vergewaltigung, wie sie Versailles versucht hat.

Mörder Grünspan „ein hilfloses schwerkrankes Kind“

Jüdische Verteidigungspläne vor dem französischen Gericht - Urteil gegen Onkel und Zante

Paris, 29. November.

Mit Tadelndebinnen, Schwindlern und anderem Gefindel der Pariser Unterwelt teilte am Dienstag das jüdische Ehepaar Abraham und Chana Grünspan die Anklagebank der 17. Pariser Strafkammer. Beide hatten sich wegen Verbergung ihres Neffen, des Mordmörders Herschel Grünspan, zu verantworten, da sie ihn den Nachforschungen der französischen Fremdenpolizei entzogen hatten.

Der Präsident des Gerichtes schilderte zu Beginn der Verhandlung den Dergang des mörderischen Ueberralles des Herschel Grünspan auf vom Rath und machte für die Tat das Ehepaar Grünspan mitverantwortlich, da sie ihren Neffen vor der Polizei verheimlicht gehalten hätten, bis er das Verbrechen begangen habe. Die Angeklagten verweigerten es nun mit dem Druck auf die Trauendrüsen des Gerichtes nach irgend jüdischer Methode. Sie hielten Herschel G. den Mörder, als ein „krankes, hilfloses Kind“ hin, das ihnen von den Eltern anvertraut gewesen sei. Schon aus „rein menschlichen Erwägungen“ hätten sie dieses nicht einfach auf die Strahle werfen können. Der Präsident hatte auf dieses Gewimmere aber nur die belächelnde Antwort, daß es sich bei Herschel in Wirklichkeit um ein „sehr interessantes Subjekt“ handele.

Der Staatsanwalt forderte strenge Anwendung des Gesetzes, denn die Folgen des gefehldrigen Handelns der Angeklagten seien schmerzhaft und sehr ernst gewesen. Die Resonanz des Verbrechens beweise, daß es notwendig sei, das Gesetz mit aller Schärfe anzuwenden.

Anschließend nahm der Verteidiger de Moro Blaffert das Wort und versuchte, die Angeklagten völlig reinzuwaschen. Da er merkte, daß seine Wortflaubereien und sonstigen Mähen beim Gericht keinen Anklang fanden, wurde er schließlich ausfallend, wobei er sich mehrfach überdrehte. Er begann ebenfalls mit dem Dreh seiner jüdischen Klienten. Auch er wollte weismachen, daß es sich bei Herschel G. um ein „Kind“ handle, das in einer „Revolte der Weltweisheit“ gehandelt habe. Er glaube nicht, daß Herschel G. das Instrument irgendjemandes gewesen sei.

Da der Verteidiger dauernd um den Kern der Sache, der zur Verhandlung stand, herumging, machte ihn der Gerichtspräsident mehrmals darauf aufmerksam, daß es sich hier nicht um den Prozeß Herschel G., sondern um den seiner Tante und seines Onkels handle. Der Verteidiger ließ jedoch von seinen Erzählungen von Herschel G. nicht ab, zitierte lange Auszüge aus angeblichen Briefen der Schwester Grünspan aus Deutschland und gab sich schließlich Mühe, einen Zusammenhang zwischen den Schreibstücken und dem Verbrechen zu konstruieren.

Nachdem der Gerichtspräsident nochmals den Verteidiger zur Sache gerufen hatte, versuchte es letzterer sofort wieder, mit einem Ruff. Er wollte dem Gericht einreden, daß die Frau des Angeklagten überhaupt nicht verurteilt werden könne, da sie nicht die Wohnungsinhaberin sei, in

der der Mörder versteckthalten wurde, sondern ihr Mann. Der Präsident wies jedoch diese „These“ zurück und erwiderte, die Anklage habe der Frau des Hausmatters vorgelegen, ihr Neffe Herschel sei bereits abgereist. Sie habe sich damit der Beihilfe schuldig gemacht.

Zum ersten Male versuchte der Verteidiger dann, die Politik in den Prozeß hineinzuziehen. Er behauptete, die deutsche Volkshat in Paris habe dem Gericht G. ein Rückreisepasse verweigert. So sei Herschel in Frankreich von Bahnhof zu Bahnhof geirrt, ohne daß er habe die Grenze überschreiten können.

Als auch diese „Argumente“ des Verteidigers beim Gericht nicht verfliegen, versuchte er mit drohender Stimme die Daltung des Abraham Grünspan zu entschuldigen, wobei er wieder nach jüdischer Art mit „rein menschlichen Erwägungen“ jonglierte und sich im Stil der bekannten jüdischen Deber in innerdeutsche Angelegenheiten einmischte.

Nach fast dreiviertelstündigem Redeschwall setzte der Verteidiger seinen Erzählen nach die Krone auf, indem er jetzt sogar forderte (!), die Angeklagten freizusprechen, und auch ihren Mann, der „nur“ das Verbrechen begangen habe, „ein schwerkrankes Kind zu beherbergen“.

Das Gericht ließ sich jedoch nicht überzeugen und wies in seinen Schlussfolgerungen alle Gründe der Verteidigung zurück. Abraham und Chana Grünspan wurden zu je vier Monaten Gefängnis, 100 Franken Geldstrafe und zur Trennung der Gefängniszellen verurteilt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Geldstrafe mit 11 Multipliziert werden muß.

Zodesurteil für die Autofallen-Räuber

Mannheim, 29. November.

Das Mannheimer Sondergericht verurteilte den 18jährigen Reif und den 18jährigen Horn, die auf der Reichsautobahn bei Heidelberg den Wäldermeister Müller und Offenbach in seinem Auto niedergeschlagen und zu berauben versucht hatten, als gefährliche Verbrecher wegen fünf Verbrechen des Straßenausbaus mittels Autofallen nach der Verordnung vom 22. Juni 1935 fünfmal zum Tode, wegen Mordversuches zu je zehn Jahren Zuchthaus, lebenslanglichem Ehrverlust und zur Sicherungsverwahrung.

In der Begründung des mit der Verurteilung rechtskräftig gewordenen fünfjährigen Zodesurteils gegen die Straßenausbaus Reif und Horn heißt es: Vom Verleugender wird in dem Urteil vom 22. Juni 1935 zum Ausdruck gebracht, daß alle Verbrechen unter das Autofallengesetz fallen, die eine Art und eine Plage für den Kraftwagenverkehr darstellen. Dieses Gesetz umfaßt alle Kraftwagen und Kraftfahrad. Es wird jedes Mittel zum rechtswidrigen Anhalten als Behälter der Autofalle angesehen. Es sei voraus, daß gegen den Willen des Autofahrers die Weiterfahrt behindert wird. Das Sondergericht hat in diesem Falle das Hochhalten des Armes als den Behälter des Verbrechens angesehen und das Winken und Einstellen in die Autos als vollendetes Delikt angenommen.

Ratkow. Neue Kurse Anf. Dez. vorm. u. abds.
* Dr. phil. Illmarin 15, Tel. 17157. R. u. Dipl.-Handel. Dr. phil. Dr. Radom